

AT

**Ausschuß für Innere Verwaltung**

**Protokoll**

33. Sitzung (nicht öffentlich)

09. Dezember 1992

Düsseldorf - Haus des Landtags

9.30 Uhr bis 9.55 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Reinhard (Gelsenkirchen) (SPD)

Stenograph: Scheidel

**Verhandlungspunkte und Ergebnisse:** Seite

- 1 Berufsordnung für die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure/Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen in Nordrhein-Westfalen (ÖbVermIng BO)** 1

**Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 11/3696**

Vorlagen 11/1398, 11/1410, 11/1580 und 11/1600

Zuschriften 11/1920, 11/1921, 11/1922, 11/1923, 11/1926,  
11/1929, 11/1945, 11/1982, 11/2014, 11/2065,  
11/2078, 11/2102, 11/2109, 11/2110, 11/2127,  
11/2128, 11/2129, 11/2133, 11/2134, 11/2140,  
11/2141 und 11/2142

Der Ausschuß berät abschließend über die Berufsordnung für die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure/ Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen in Nordrhein-Westfalen und kommt zu den in der Drucksache 11/4744 wiedergegebenen Beschlüssen.

## **2 Verschiedenes**

Siehe Seiten 1 bis 3 des Diskussionsteils!

Berichterstatter: Jürgen Jentsch (SPD)

-----

### Aus der Diskussion

Der Ausschuß berät abschließend über den Gesetzentwurf der Landesregierung betreffend Berufsordnung für die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure/Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen in Nordrhein-Westfalen und stimmt ab über die von der SPD-Fraktion eingebrachten Änderungsanträge (Anlage 1 zu diesem Ausschußprotokoll) und der CDU-Fraktion eingebrachten Änderungsanträge (Anlage 2 zu diesem Protokoll) - Siehe hierzu Seiten 33 - 35 der Beschlußempfehlung und des Berichtes des Ausschusses für Innere Verwaltung (Drucksache 11/4744).

## 2 Verschiedenes

### a) "Überprüfung" von Abgeordneten

Abgeordneter Frechen (SPD) teilt mit Ausschuß mit, die Landtagsverwaltung sei mit einem Rechtsgutachten zu der Frage beauftragt worden, wie es um die Frage der "Überprüfung" von Abgeordneten bestellt sei.

### b) Fahrt des Innenausschusses

Abgeordneter Frechen (SPD) teilt dem Ausschuß mit, die Fahrt des Innenausschusses sei erneut abgelehnt worden, weil der Ausschuß bzw. der Ausschußvorsitzende trotz Aufforderung seitens der Präsidentin nicht reagiert habe. Außerdem sei keine neue Begründung für die Reise des Innenausschusses angeführt worden. Die Abgeordneten Dr. Linssen (CDU) und Hardt (CDU), hätten dies bestätigt. Die für Nordrhein-Westfalen gegebene Grenzsituation könne mit der in Mexiko überhaupt nicht verglichen werden.

Unter bestimmten Voraussetzungen könne der Ausschuß für Innere Verwaltung jedoch für das Jahr 1994 eine solche Reise durchführen. Entsprechende Änderungen sollten zügig erreicht werden, damit sie zur nächsten Ältestenratssitzung vorgelegt werden könnten.

Der **Vorsitzende** teilt mit, nach Aufforderung durch die Präsidentin, den Antrag zusätzlich zu begründen, habe ihm die CDU bedeutet, daß dies nicht mehr notwendig sei. Abgeordneter Lichtenberg habe mit Abgeordnetem Dr. Linssen Gespräche geführt. Entsprechende Aktivitäten liefen jetzt im Ältestenrat. Eine Äußerung seitens des Ausschusses für Innere Verwaltung sei nicht mehr erforderlich. Auf dieses Wort habe er, Reinhard, sich verlassen.

**Abgeordneter Paus (Detmold) (CDU)** erklärt, auch ihm habe sich vor der Ältestenratssitzung ein anderer Eindruck vermittelt. Er werde sich um Klärung in seiner Fraktion bemühen.

**c) Anhörung zum LPVG**

Der **Vorsitzende** erinnert die Fraktionssprecher daran, daß sie untereinander die weitere Vorgehensweise bezüglich einer Anhörung zum LPVG klären wollten.

**d) Waffenlager in Duisburg-Hochfeld**

**Abgeordneter Bruckschen (SPD)** erinnert an Mitteilungen in den Medien der letzten Tage, daß die Kriminalpolizei in Duisburg-Hochfeld auf der Fröbelstraße ein Waffenlager ausgehoben habe. Angeblich habe es sich bei diesem Waffenlager um ein Waffenlager der RAF gehandelt. Er frage, ob diese Meldungen der Tageszeitungen zuträfen.

**Staatssekretär Riotte (Innenministerium)** erklärt, nach dem ihn vorliegenden Berichten sei dies zutreffend. Die Ermittlung führe der Generalbundesanwalt.

**e) Asylrelevante Anträge**

**Abgeordneter Paus (Detmold) (CDU)** beantragt, alle asylrelevanten Anträge auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu legen. Außerdem solle das Innenministerium einen Bericht erstatten.

Ausschuß für Innere Verwaltung  
33. Sitzung

09.12.1992  
sl-mj

**Abgeordneter Frechen (SPD)** bittet das Innenministerium, über die Vereinbarung zu diesem Thema vorzutragen. - **Abgeordneter Moron (SPD)** fügt hinzu, dabei sollten auch die Auswirkungen auf die Landespolitik und die Aufgaben, die das Land zu erfüllen habe, erwähnt werden.

gez. Reinhard

Vorsitzender

2 Anlagen

22.01.1993 / 26.01.1993

185